

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 23.02.2017**

**Bericht zu Zusatzfragen aus der Fragestunde in der Bremischen Bürgerschaft vom
19.04.2016 zum Thema: „Wie wird das Präventionskonzept Salafismus zukünftig finanzi-
ell unterlegt?“**

A. Problem

Mit dem Protokoll der Fragestunde vom 19.04.2016, das am 12.12.2016 hier vorgelegt wurde, sind durch die Fraktion die LINKE zwei Zusatzfragen gestellt worden, deren Beantwortung eine Rücksprache mit dem Fachreferat erforderte.

Folgende Zusatzfragen wurden gestellt:

1. Frau Senatorin, Sie haben gesagt, Sie werden sich um Bundesmittel bewerben. 250.000 Euro, sagten Sie, stehen zur Verfügung. Wieviel wird Bremen beantragen?
2. Frau Senatorin, können Sie sagen, wie viele Menschen im vergangenen Jahr Beratungsangebote von kitab in Anspruch genommen haben?

B. Lösung

Die Fragen können folgendermaßen beantwortet werden:

Zu Frage 1:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ haben sich zwei Bremer Vereine erfolgreich um Bundesmittel im Programmbereich E: Radikalisierungsprävention beworben.

Das Modellprojekt: JAMIL, umgesetzt vom Verein für akzeptierende Jugendarbeit e.V., erhält in 2016 aus Bundesmitteln eine Förderung in Höhe von 84.760 Euro p.a..

Das Modellprojekt Pro Islam, umgesetzt von der Schura – Islamische Religionsgemeinschaften Bremen e.V., erhält 2016 aus Bundesmitteln eine Förderung in Höhe von 132.500 Euro p.a..

Außerdem hat der Bund das Beratungsnetzwerk kitab bei Vaja e.V. in 2016 mit ca. 80.000 € bezuschusst.

Für den Aufbau einer Koordinierungsstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung im Demokratiezentrum des Landes Bremen wurden in 2016 ebenfalls Bundesmittel in Höhe von 10.000 Euro bewilligt, da diese erst zum Jahresende tatsächlich besetzt werden konnte. Für 2017 wurden 155.000 € Bundesmittel in diesem Schwerpunkt beantragt.

Zu Frage 2:

In 2016 wurden im Beratungsnetzwerk kitab insgesamt 40 Beratungsfälle bearbeitet (Stand 14.12.2016).

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Im Rahmen dieser Berichterstattung entstehen keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Geschlechtsspezifische Herangehensweisen gehören zu den Fachstandards im Arbeitsfeld.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.